RP ONLINE

+++ EILMELDUNG +++

Skandal um Provisionen für Schutzmasken: CDU-Abgeordneter Löbel zieht sich aus Politik zurück

Wesel

Salzbergbau: Bürgerinitiative läuft an

12. November 2015 um 00:00 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten

Rappelvoll war der Saal van Gelder in Büderich am Dienstagabend. Die Versammlung war der erste Schritt zur Gründung einer Bürgerinitiative, die den Belangen von Bergbaugeschädigten durch Salzgewinnung Gehör verschaffen soll. Foto: Ekkehart Malz

Wesel. Gebäudeschäden durch Bergsenkungen: Die Bürgerversammlung in Büderich war mit 250 Betroffenen gut besucht. Diese wollen sich jetzt organisieren und suchen Unterstützung der Kommunen für die Einrichtung einer Schiedsstelle.

Von Fritz Schubert

Bisher haben Hauseigentümer, die Gebäudeschäden wegen Bergsenkungen durch Salzabbau reguliert wissen wollten, allein gekämpft. Doch das wird sich nun ändern. Die Bürgerversammlung, zu der Wilhelm Fischer, Hermann Norff und Werner Schweickert für Dienstagabend nach Büderich in den Saal van Gelder eingeladen hatten, war ein erster Schritt zur Organisation. Zugleich war die Anwesenheit von gut 250 Menschen aus den betroffenen Gebieten Wesel, Alpen, Rheinberg und Xanten ein starkes Signal der Verärgerung. Alle Hände gingen hoch, als Pastor Dietmar Heshe (Alpen) von der Katholischen Kirchengemeinde St. Ulrich - wegen der Schäden an St. Peter Büderich selbst mit im Boot - fragte, wer sich vom Salzbergbau betroffen fühlt. Bei der Frage, wer gute Erfahrungen mit Cavity gemacht hat, blieben alle Hände unten. Die Cavity GmbH Rheinberg ist bekanntlich jene Firma, die Schäden, die auf den Salzbergbau bis 2002 zurückzuführen sind, reguliert. Geschäftsführer Reinhard Maly hatte übrigens kurzfristig die Teilnahme an der Versammlung abgesagt.

Nach gut zweieinhalb Stunden ging die Menge in dem Wissen auseinander, dass nun die Gründung einer Bürgerinitiative (BI) vorbereitet wird. Dabei mithelfen will Klaus Friedrichs (Voerde) vom Landesverband der Bergbaubetroffenen. Die BI soll sich unter anderem für die Einrichtung einer Schieds- beziehungsweise Schlichtungsstelle für die Schadensregulierung einsetzen, wie es sie im Kohlebergbau bereits gibt. Zur Unterstützung sollen Resolutionen in den Räten der betroffenen vier Kommunen verabschiedet werden. Landtagsabgeordneter Norbert Meesters (SPD) aus Wesel erklärte als Mitglied des Podiums, dass das Wirtschaftsministerium besagte Schiedsstelle sehr wohl haben wolle, aber dass dies natürlich nicht ohne die Verantwortlichen des Bergbaus ginge. Dafür müsse vor allem Druck gemacht werden.

Rappelvoll war der Saal van Gelder in Büderich. Die Versammlung war der erste Schritt zur Gründung einer Bürgerinitiative, die den Belangen von Bergbaugeschädigten durch Salzgewinnung Gehör verschaffen soll.
Foto: Ekkehart Malz

Wie sehr eine Auseinandersetzung mit Cavity ans eigene Portemonnaie gehen kann, erläuterte Werner Schweickert. Der Perricher unterlag vor Gericht und verlor so 60.000 Euro für Anwaltskosten und Gutachten. Eine Schiedsstelle indes würde es Betroffenen ermöglichen, ohne finanzielle Vorleistungen in ein Verfahren zu kommen. Erfahrungen mit Cavity beziehungsweise Schäden an ihren Häusern schilderten etliche Teilnehmer der Versammlung. Fachanwalt Dr. Michael Terwiesche aus Moers, einer der Gäste auf dem Podium, riet Betroffenen, immer für eigene, unabhängige Gutachter zu sorgen. Dass Cavity sich gegen die Einrichtung einer Schiedsstelle wehre wertete er als Zeichen dafür, dass die Firma sonst was zu befürchten habe. Dietmar Pucher aus Borth berichtete, dass er vor einigen Jahren die Rücklagen des Unternehmens für Schadensfälle beim Bergamt Moers erfragt habe. Er fürchtet, dass die 70 Millionen Euro "bald weg sein werden".

Dr. Christian Winterberg (Schermbeck) vom Kreisverband der Grünen regte an, eine Dokumentation der Vorgänge anzulegen. Hanns-Jörg Rohwedder (Dortmund) von den Landtags-Piraten, plädierte für Abschaffung des Bergrechts. Gerrit Korte (Kreisbauernschaft) berichtete von Flächenschäden. Franz-Josef Hoffacker (Büderich) schlug eine Mahnwache vor.

Hermann Norff verband die Diskussion mit Informationen zu seiner Sorge, dass Senkungen zu Mulden geführt haben, in denen Starkregen-Niederschlag stehen bleiben könnte. Deshalb müssten technische Vorkehrungen getroffen werden, Wassermassen unmittelbar in den Rhein leiten zu können.

(RP)